

Pelli fordert Kollegen zu Diskretion auf

FDP-Parlamentarier sind sich uneinig über Strategie und Vorgehensweise rund um das Bankgeheimnis

Dass seine Parteikollegen öffentlich verschiedene Ideen dazu ausbreiten, wie die Schweiz dem internationalen Druck auf das Bankgeheimnis entgegen kann, passt FDP-Parteipräsident Fulvio Pelli gar nicht. Offiziell hat die Partei «nur eine Position», wie dem Druck auf das Bankgeheimnis begegnet werden soll.

KAREN SCHÄRER

Noch vor zehn Tagen war FDP-Präsident Fulvio Pelli die Ruhe in Person: «Das Bankgeheimnis ist nicht bedroht, also muss es auch nicht gerettet werden», sagte er im MZ-Interview. Mit dieser optimistischen Haltung war Pelli schon damals der einsame Rufer in der Wüste. Zwei Tage später verabschiedete die FDP-Parteileitung ein Positionspapier. Dieses forderte in der aktuellen Krise um das Bankgeheimnis «entschiedenes Handeln».

Sowohl der Bundespräsident als auch der Parteipräsident haben ihre Haltung in den letzten zwei Wochen offenbar revidiert. Merz signalisierte am Wochenende Gesprächsbereitschaft, nachdem er zuvor gesagt hatte, die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufzuheben, stehe nicht zur Diskussion. Und Pelli sagte gestern gegenüber der MZ: «Wir müssen uns auf Verhandlungen mit der EU vorbereiten.» Vor zehn Tagen meinte er noch: «Mit der EU ist alles geregelt.»

Die Idee der FDP-Delegierten: Um das Bankgeheimnis zu bewahren, soll die Schweiz das mit der EU abgeschlossene Zinsbesteuerungsabkommen auf andere Staaten ausdehnen – sofern die EU bereit ist, auf einen Informationsaustausch zu verzichten.

Doch diese Idee ist für viele Parteipolitiker nicht die richtige Lösung. Einen Tag nachdem die Delegierten ihre Resolution verabschiedet hatten, meldeten sich verschiedene wichtige Parteimitglieder mit anderslautenden Ideen, wie das Bankgeheimnis gerettet werden kann. Philipp Müller (AG) will die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufheben. Die Schweiz soll Amts- oder Rechts Hilfe leisten, wenn gegen einen Ausländer der konkrete Verdacht von Steuerflucht vorliegt.

Unterstützung bekommt dieser Vorschlag beispielsweise von Nationalrätin Christa Markwalder (BE) und Ständerat Rolf Büttiker (SO). Auch FDP-Vizepräsident Ruedi Noser (ZH) und die Ständeräte Helen Leumann (LU) und Rolf Schweizer (ZG) finden, die Schweiz müsse sich bewegen.

Pelli: Aussagen sind «Fehler»

Das Vorpreschen seiner Kollegen macht Fulvio Pelli keine Freude. «Auch ich habe klare Ideen, was wir tun sollten. Doch keine Strategie kann in der Öffentlichkeit vorbereitet werden. Das muss unter Ausschluss der Öffent-

fentlichkeit und somit auch der EU gemacht werden», sagt er und bezeichnet die Aussagen der diversen FDP-Parlamentarier als «Fehler». Die Ideen seien noch nicht ausgereift; man müsse zuerst den Bundesrat arbeiten lassen. Pelli beharrt darauf, dass die Partei «nur eine Position» hat, nämlich diejenige der Resolution.

Unterstützung bekommt Pelli von Filippo Leutenegger (ZH). «Es geht hier um wichtige Interessen unseres Landes gegenüber den USA und der EU und nicht um persönliche Profilierung», sagt er an die Adresse von Müller und Co. gerichtet. Es brauche deshalb eine nationale Strategie. Fraktionspräsidentin Gabi Huber sagt zu den Ausserungen ihrer Kollegen: «Es ist nicht verboten, Ideen zu haben. Aber natürlich ist es für den Parteipräsidenten besser, wenn dies nicht in der Öffentlichkeit geschieht. Wir sollten intern die Meinungen konsolidieren.» An der heutigen Fraktionssitzung soll über das Bankgeheimnis gesprochen werden.

Müller: «Diskussion ist unumgänglich»

Während Pelli die Strategie am liebsten in aller Stille vorbereiten würde, fordert Philipp Müller eine öffentliche Debatte. Diese komplett gegensätzliche Vorgehensweise begründet Müller so: «Eine Verhandlungsposition, die man mit Härte gegen aussen vertritt, muss innenpolitisch breit abgestützt sein.» Deshalb sei eine Diskussion unumgänglich. Schliesslich müsse der Bundesrat wissen, wie weit er gehen könne.

Christa Markwalder sagt, die Schweiz müsse nun eine Strategie erarbeiten, welche Konzessionen man bereit sei einzugehen, um den Wunsch der EU nach einem Datenaustausch verhindern zu können. Zwar hat sich Markwalder ebenfalls in den Medien zu möglichen Strategien rund um die Bewahrung des Bankgeheimnisses geäußert – doch sie gibt dem Parteipräsidenten und seinem Ruf nach Zurückhaltung recht: «Wenn die EU durch die Medienberichte schon weiss, was wir alles bereit sind aufzugeben, werden die Verhandlungen mit ihr sicher nicht einfacher.»

FDP Aargau ist «beunruhigt»

Die Vorzüge der Diskretion kann Pelli seinen Kollegen im Bundeshaus vielleicht im persönlichen Gespräch nahelegen. Doch sein Wunsch, den Forderungskatalog an die EU im Hintergrund zu erarbeiten, wird trotzdem aus den eigenen Reihen torpediert: Gestern meldete sich die FDP Aargau zu Wort – mit Forderungen. Erst wenn in den britischen Steueroasen, im US-Bundesstaat Delaware, in Ländern wie Dubai, Monaco, Andorra und Singapur Konzessionen gemacht würden, könne über eine Verbesserung der Amtshilfe nachgedacht werden. Die Kantonalpartei äusserte sich zudem beunruhigt über das «Einknicken» zahlreicher Politiker in Sachen Bankgeheimnis. Die Schelte war wohl auch an Politiker aus den eigenen Reihen gerichtet.

PHILIPP MÜLLER Für den Nationalrat ist eine Strategie erst dank einer Debatte brauchbar.

DOMINIC BÜTTNER/PIXISL

FULVIO PELLI Der Parteipräsident findet, Strategien müssten im Hintergrund erarbeitet werden. DOMINIC BÜTTNER/PIXISL